delshemmnis betrachtet und abgeschafft, wären transnationale Konkurrenten – begünstigt durch hohe Skalenerträge – in der Lage, mittelständische Innovationsträger mittels einer Niedrigpreisstrategie vom Markt zu verdrängen. In solchen Fällen wäre aus Sicht des Mittelstandes eine aktive staatliche Ordnungspolitik geboten. Diese würde allerdings als nicht-tarifäres Hindernis gelten und somit gegen TTIP verstoßen.

- **TTIP beschneidet Handelsperspektiven für KMU mit Drittländern.** Von 1996 bis 2011 hat sich der deutsche Außenhandel mit den sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) nahezu versiebenfacht, während der Außenhandel insgesamt nur um das Zweifache anwuchs. Es wäre verhängnisvoll für die exportorientierten KMU, wenn diese Märkte durch das TTIP-Abkommen benachteiligt würden. Genau dieser Effekt wird aber von der EU-Kommission selbst im „Bericht über die Zukunft der EU-US-Handelsbeziehungen" erwartet, wenn die Kommission China, Indien und die ASEAN Staaten als Verlierer des Abkommens sieht. Auch die im Groß- und Außenhandelsverband BGA vertretenen deutschen Exporteure warnen vor einer Art „Wirtschafts-NATO" zu Lasten anderer Handelspartner. Genau eine solche wird jedoch von Wirtschaftsminister Gabriel und anderen beschworen.

- **Effektivitätsgewinne werden durch unterschiedlich organisierte Zertifizierung erschwert.** Das größte Versprechen der TTIP-Befürworter liegt – neben dem Wegfall der bereits niedrigen Zölle – in den möglichen Effektivitätsgewinnen durch die Harmonisierung von Standards. Dies würde Reibungsverluste und Verwaltungskosten zwischen EU und USA reduzieren. Allerdings gibt es in den USA eine völlig anders organisierte Zertifizierung und keine einheitlich geregelte Übernahme von Normen. Auch nach Abschluss von TTIP blieben die unterschiedlichen Regelungen in US-Bundesstaaten und -Countys bestehen. Natürlich bleibt die Harmonisierung technischer Standards wie etwa bei Blinkern oder Steckern jenseits dieser unglaubwürdigen Versprechen wünschenswert. Dafür ist jedoch kein TTIP vonnöten, es gibt längst etablierte Institutionen: etwa das Äquivalenzabkommen für Bioprodukte zwischen der USA und der EU, die Internationale Organisation für Normung ISO oder das *World Forum for Harmonization of Vehicle Regulations (WP.29)*.

Fazit: Die versprochenen Vorteile des TTIP-Vertrags für KMU werden von EU-Kommission, BDI und DIHK mithilfe unseriöser Zahlen und Versprechungen systematisch übertrieben, die hohen Risiken heruntergespielt und verschwiegen. Bei realistischer Analyse überwiegen für die überwältigende Mehrheit der KMU die zu befürchtenden Nachteile die erhofften Vorteile bei weitem. Die Verbände und die Kommission vertreten, entgegen ihrem offiziellen Auftrag und ihren eigenen Beteuerungen, einseitig die Interessen von Großunternehmen – zulasten von KMU.

Attac fordert, die gegenwärtigen Verhandlungen über TTIP und die Ratifizierung des ähnlich strukturierten kanadisch-europäischen Abkommens CETA zu stoppen. Wir brauchen ein faires Handelssystem, das die Interessen von BürgerInnen, Umwelt sowie Kleinen und Mittleren Unternehmen schützt. Wir brauchen gute, qualifizierte Arbeitsplätze statt Billiglohnarbeit, sinnvolle Ordnungspolitik statt ruinöser Standortkonkurrenz sowie hohe ökologische und soziale Standards, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.

WIE KANN MAN SICH ENGAGIEREN?

- Informieren Sie sich auf der Attac-Homepage zum Thema TTIP und KMU: **www.attac.de/ttip-kmu**
- Sprechen Sie Ihre zuständige Handelskammer und die Unternehmensverbände an. In einigen Kammern sind bereits UnternehmerInnen als „IHK-Rebellen" aktiv, um die verzerrte Informationspolitik und die einseitige Interessenvertretung zugunsten von Großunternehmen zu beenden.
- Informieren Sie auch Ihre MitarbeiterInnen und Geschäftsfreunde über TTIP und die Propaganda der TTIP-Befürworter.
- Beteiligen Sie sich an der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative zum Stopp der TTIP-Verhandlungen: **www.attac.de/sebi**
- Bewerben und besuchen Sie die Großdemo gegen TTIP & CETA am 10. Oktober 2015 in Berlin: **www.attac.de/ttip-demo**

HILFREICHE LINKS:

- Attac-Infos zum Thema: **www.attac.de/ttip-kmu**
- Themenseite des Bundesverbandes der grünen Wirtschaft: **www.unternehmensgruen.org/themen/freihandelsabkommen-ttip**
- KMU-Initiative in Österreich: **www.kmu-gegen-ttip.at**. Eine vergleichbare Initiative ist in Deutschland in Gründung.

attac

V.i.S.d.P. Jule Axmann, Attac Bundesbüro, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M

TTIP: Gefahr für Kleine und Mittlere Unternehmen!

Bundesregierung, EU-Kommission und große Wirtschaftsverbände wie der BDI und DIHK behaupten, das Freihandels- und Investitionsschutzabkommen TTIP zwischen den USA und der EU nütze vor allem Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU). Analysen zeigen jedoch: Vor allem große Konzerne profitieren von TTIP, der Mehrzahl der KMU in Deutschland brächte es eher Nachteile. Während gesamtwirtschaftlich kaum nennenswerte positive Effekte durch TTIP zu erwarten sind, würde das Abkommen den Wettbewerb einseitig zugunsten von Großunternehmen verzerren und bei KMU Arbeitsplätze gefährden. Auch die geplanten Schiedsgerichte würden fast ausschließlich transnationalen Unternehmen nützen.

Weitgehend hinter verschlossenen Türen verhandeln EU-Kommission und USA seit 2013 über die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft" TTIP, ein Abkommen, das weit über klassische Maßnahmen wie Zollsenkungen hinausgeht und tief in die Strukturen unserer Demokratie, Wirtschaftsordnung und Gesellschaft eingreifen könnte.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Industrie- und Handelskammer (DIHK) werben gemeinsam mit der EU-Kommission für ein möglichst umfassendes Abkommen. Ihr Argument: besondere KMU würden unter uneinheitlichen Standards auf beiden Seiten des Atlantiks leiden. TTIP würde ihnen neue Chancen und Märkte eröffnen und administrative Kosten senken, etwa bei der Zulassung neuer Produkte. Die Verbände versprechen Wachstum und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks.

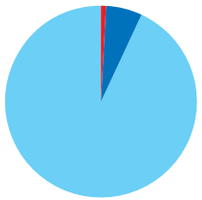
Eine genaue Prüfung dieser Argumente zeigt allerdings, dass sie mehr mit Mythen arbeiten als mit Fakten:

- **Nur sieben Prozent aller KMU sind exportorientiert** und nur etwa ein Prozent exportiert in die USA. Wenn es überhaupt positive Effekte durch TTIP geben wird, werden sie nur einem sehr kleinen Teil der KMU zugutekommen. (SIEHE GRAFIK A + B)

- **Wachstumsprognosen überzogen und unseriös.** Bis März 2015 behaupteten EU-Kommission, Bundesregierung, BDI und Handelskammern, dass TTIP erhebliche Wachstums- und Einkommensgewinne sowie Hundertausende Arbeitsplätze in der EU bringen würde. Dabei beriefen sie sich auf einschlägige Studien – die ihre Angaben aber gar nicht belegten. Inzwischen wurde die Fehlinformation eingestanden und zurückgenommen. Damit ist jedoch das wichtigste Argument für TTIP – auch in Bezug auf KMU – in sich zusammengebrochen. Denn wenn kein nennenswertes gesamtwirtschaftliches Wachstum durch TTIP generiert wird, kann es nur Umschichtungen innerhalb der Wirtschaft geben, also Gewinner und Verlierer. Und es ist, wie die folgenden Punkte zeigen werden, damit zu rechnen, dass die Mehrheit der KMU zu den Verlierern gehören würde.

GRAFIK A

Gesamtzahl deutscher KMU
-davon exportorientiert: 7%
-davon exportorientiert in die USA: 1%

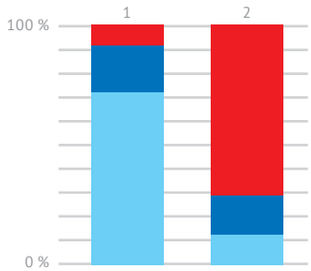


GRAFIK B US-Exportierende Unternehmen in der EU: Unternehmensgröße vs. Anteil am Gesamtexport

Quelle: Studie EU-Kom

1: Anzahl Unternehmen
2: Anteil Exportwert

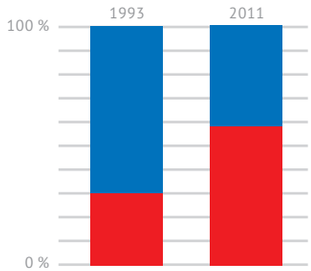
Kleine- und Kleinstunternehmen
mittlere Unternehmen
Großunternehmen



GRAFIK C Unternehmenskonzentration in Kanada dank NAFTA

Anteil der 60 größten Konzerne am Profit aller kanadischen Unternehmen

-1993: 30%
-2011: 58%



- **Investorenschutz ISDS benachteiligt KMU.** Das Instrument des Investor-to-State-Dispute-Settlements (ISDS), ursprünglich zur Sicherung von Investitionen in das internationale Handelsrecht eingeführt, wird inzwischen vor allem dazu genutzt, um mit Hilfe privater Schiedsstellen private Wirtschaftsinteressen gegen Staaten durchzusetzen und/oder zusätzliche Gewinne aus Risikoinvestitionen zu erzielen. ISDS wird von vielen Seiten und aus vielen Gründen stark kritisiert, nicht zuletzt von Mario Ohoven, Präsident der Bundesverbands mittelständischer Wirtschaft (BVMW): Die Rechtssysteme in den USA und der EU seien erprobt und zuverlässig, eine solche Paralleljustiz daher gar nicht notwendig. Zudem liegen die durchschnittlichen Verfahrenskosten bei acht Millionen Euro. Damit etabliere ISDS ein Zweiklassenrecht, zu Lasten der schlechter aufgestellten und ausgestatteten KMU. Während im Rahmen von TTIP eine ISDS-Reform diskutiert wird, die aber an den Grundproblemen wenig ändern würde, bleibt ISDS in seiner herkömmlichen Form Teil des fertig verhandelten Abkommens zwischen EU und Kanada (CETA) und könnte bereits mit dessen Inkrafttreten im transatlantischen Handel wirksam werden. Auch bei dem geplanten transatlantischen „Regulierungsrat" hätten Großunternehmen aufgrund ihrer finanzstarken Lobby unverhältnismäßig großen Einfluss auf die Politikgestaltung.

- **Lektionen aus dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) nicht gelernt.** Dass Handelsverträge vom TTIP-Typ transnationale Unternehmen begünstigen und KMU benachteiligen, zeigen auch die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, das 1994 in Kraft trat. In den 20 Jahren seither hat sich in Kanada der Anteil der größten börsennotierten Konzerne an den Gesamtprofiten (SIEHE GRAFIK C) annähernd verdoppelt, während sich wichtige gesamtwirtschaftliche Indikatoren im gleichen Zeitraum massiv verschlechterten, sowohl im Bereich der Unternehmensinvestitionen als auch der Beschäftigung. KMU entstanden erhebliche Nachteile, so wurden etwa in Mexiko mehr als eine Million Arbeitsplätze in der Landwirtschaft vernichtet, in den USA hat die mittelständische Auto-Branche massiv Schaden genommen.

- **Verdrängung durch Niedrigpreisstrategie.** Deutsche KMU im produzierenden Gewerbe sind in der Mehrheit stark spezialisierte Anbieter von Produkten hoher Qualität mit großer Innovationskraft. Das verursacht ein entsprechendes Preisniveau. Werden die bisher geforderten Qualitätsstandards durch Harmonisierung der Normen im „Binnenmarkt" TTIP-Raum gesenkt und werden staatliche Protektionsinstrumente als Han-